

Gier oder Zwang zur Kapitalverwertung?

I) Ist die Krise vorbei?

„Der Aufschwung kommt gewaltig,“ titelte die Financial Times Deutschland, um dann festzustellen: „Das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) werde daher 2009 nur um 4,8 % schrumpfen“ (FTD 04.09.2009).

Im Juni 2009 stieg die Industrieproduktion gegen über Mai und im Mai war sie schon gegenüber April gestiegen. Das wird von der Financial Times als Aufschwung bezeichnet, eine völlig neue Definition.

Aufschwünge sind nicht Monate, in den die Produktion geringer gefallen ist, als in Vormonaten. Der Aufschwung setzt erst dann ein, wenn die Industrieproduktion den Höhepunkt des letzten Aufschwungs überschritten hat. Davon sind wir weit entfernt.

Die **Industrieproduktion** des ersten Halbjahres 2009 in Deutschland liegt um 21,3 % unter dem ersten Halbjahr 2008. Die Industrieproduktion im Euroraum liegt um 18,5 % unter dem ersten Halbjahr 2008, in den USA waren es rund 14 %, in Japan rund 20 %.

Der **Auftragseingang** in Deutschland, der einen Ausblick auf die Industrieproduktion der Zukunft abgibt, liegt im ersten Halbjahr um ein Drittel unter dem Vorjahreshalbjahr. Die Krise wird sich also verstärken.

Jubel erregte auch die **Steigerung des BIP** im Q2 (2. Quartal) 2009 um 0,3 % gegenüber dem Q1. Diese Steigerung ist ausschließlich darauf zurückzuführen, dass das Volumen der Importe schneller zurückging als das der Exporte und von daher der sogenannte „Außenbeitrag“ zum BIP stieg.

Gegenüber dem Vorjahreszeitraum, dem Q2 2008, war das BIP dagegen um 7,1 % gefallen. Die **Kapazitätsauslastung** liegt im Euroraum und in den USA unter 70 %. Der letzte Aufschwung baute gewaltige Überkapazitäten auf und bereitete so die Krise vor. Da muss noch Einiges an Überkapazitäten abgebaut werden.

Wir stehen also bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise erst am Anfang.

Krisen dauern normalerweise 2-3 Jahre. Erst dann hat die Industrieproduktion das Niveau der vorhergehenden Aufschwungs überschritten und ist in einem neuen Aufschwung übergegangen. Die letzte Wirtschaftskrise dauerte von 2001 bis 2003. Die Industrieproduktion war erstmals im September 2008 in den Deutschland gegenüber dem Vorjahresmonat gesunken. Wir stehen also auch deshalb erst am Beginn der Krise.

Die jetzige Krise wird vermutlich länger dauern, denn sie ist erheblich tiefer. Ein Grund besteht darin, dass der letzte Aufschwung der Weltwirtschaft, die Grundlage der Konjunktur in Deutschland, weitgehend kreditfinanziert war, besser kreditgedopt. „Das Wachstumshormon ‚Schulden‘ jagte die Wirtschaft auf Hochtouren“ (Benedikt Fehr, Weltwirtschaft im Umbruch, FAZ 22.04.2009). Es war eine künstliche Blüte.

Den Banken waren gewaltige Kapitalmassen zugeflossen, die in der sogenannten Realwirtschaft nicht profitabel angelegt werden konnten. Das ist sichtbar an der Explosion der Bilanzsummen der Banken. Sie geben die den Banken zugeflossenen Mittel an. Sie zeigen den den Grad des Kapitalüberschusses an.

Der Explosion der Bilanzsummen entspricht die Explosion der Kreditvergabe an Konsumenten, Unternehmen und Staaten, aber auch an andere Banken. Die Banken als Verwalter der Kapitalüberschüsse waren gezwungen, sie fast mit Gewalt als Kredit in den Wirtschaftskreislauf zu drücken. Die Gesamtverschuldung der USA z.B. lag im 4. Quartal 2008 mit 52,3 Bio. \$ bei 370 % des BIP (jw 30.31.05.2009, 9) Im Jahr 2000 waren es erst 268 % des BIP. 2009 bewegt sich die Gesamtverschuldung der USA auf die 400 % des BIP zu. Aus der Vergabe von Krediten erzielen die Banken 2/3 bis 3/4 ihrer Gewinne.

Die Gesamtverschuldung der USA, der Euro-Zone und Japans im letzten Konjunkturzyklus wuchs schneller als das Bruttoinlandsprodukt. Kredite puschten Binnennachfrage und die Welt-

produktion hoch. Was nicht in Kredite floss, wurde in Spekulation auf Aktienkurse und andere Kurse, auf Preisentwicklungen von Nahrungsmitteln, Rohstoffen usw. gesteckt. Solange die Kurse stiegen, war alles paletti.

Die ökonomische Entwicklung im letzten Konjunkturzyklus erhielt ihre Schubkraft also überwiegend durch den Kredit, durch die Verwendung des Kapitalüberschusses. Deshalb übertraf die vierjährige Wachstumsphase der Weltwirtschaft von 2004 bis 2007 mit stolzen 5 % jährlich deutlich die Raten der letzten Jahrzehnte und knüpfte an die Zeit vor der Weltwirtschaftskrise 1975 an. Die hohe Auslandsnachfrage, von der Exportweltmeister Deutschland profitierte, war „*weitgehend kreditfinanziert*“ war (FTD 13.02.2009).

Der Glanz der hohen Profitraten des vergangenen Zyklus ist ebenfalls auf Finanzdoping zurückzuführen. „*Nur durch die hohe, aber weitgehend kreditfinanzierte Auslandsnachfrage war die Margenausweitung möglich*“ (FTD 13.02.2009) Die Profitraten der nicht-finanziellen Unternehmen in Deutschland waren auf dem Höhepunkt des Aufschwungs im Jahr 2007 57 % höher als im Durchschnitt der 90er Jahre. Es handelte sich um eine kreditgedopte Scheinblüte, die jetzt in sich zusammenfällt.

Nicht nur die Überproduktion an Waren endet in der Krise, auch die Überproduktion an Kapital. Wenn zu viele Kredite in zu großer Höhe vergeben worden sind, können sie irgendwann nicht mehr bedient werden, weil die Schuldner sie nicht mehr bedienen können. Wertpapiere, die auf Kreditforderungen gründen, werden unverkäuflich und von daher wertlos usw.

Die aus Kreditvergabe und Spekulation entstandenen Verluste der Finanzinstitute werden vom IWF auf weltweit 4.000 Mrd. Dollar geschätzt. Davon sollen bis jetzt 1.470 Mrd. Dollar abgeschrieben und überwiegend durch frisches Eigenkapital vor allem von Staaten ersetzt worden sein.

Wir stehen also auch bei der Bewältigung der Finanzkrise erst am Anfang.

Die Finanzkrise verbindet sich mit der Wirtschaftskrise. Auch deshalb ist die Krise so tief wie nie zuvor in der Nachkriegszeit. Es ist die reine Not, die Regierungen dazu bringt, das überraschend vorzeitige Ende der Rezession zu verkünden. Die als Aufschwung verkauften geringeren Produktionsrückgänge gegenüber dem Vorjahr beruhen wiederum ausschließlich darauf, dass Staaten verzweifelt versuchen, auf der Basis einer Explosion kreditfinanzierter staatlicher Konjunkturprogramme die Folgen der Rezession abzumildern. Die Industrieproduktion wird in vielen Ländern in erster Linie durch Abwrackprämien am freien Fall etwas gehindert. KfZ-Produktion sinkt in Deutschland nur noch um 20% im Verhältnis zum Vorjahr, statt wie vorher um 40 %. Staatskredite treten an die Stelle der Bankkredite, um die Wirtschaft mit Kapital, Krediten und Rabatten zu dopen. Der weltweite Umfang der staatlichen Konjunkturspritzen beträgt drei Billionen Dollar. Auf die USA entfallen etwa 1 Bio. Dollar. Das entspricht etwa 7 % des BIP der USA. Chinas Konjunkturprogramme entsprechen 14 % des BIP, Japan erreicht 9 %, der Euroraum nur 1,6 %. Von der gigantischen Explosion der Staatsschulden profitiert das Wachstum des BIP allerdings bisher nur in sehr bescheidenem Maße.

Laut Eurostat wurde die Staatsschuld im Euroraum durch die Bankenrettungsprogramme 2008 um 175 Mrd. Euro erhöht oder 1,9 % des BIP. Für 2009 rechnet man mit 1.200 Mrd. Euro oder 13 % des BIP (FAZ 23.10.2009).

II) Gier als Ursache der Finanz- und Wirtschaftskrise?

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und ihr Hauptgeschäftsführer Göhner beobachten mit Sorge ein „*rasant abnehmendes Vertrauen der Menschen in die soziale Marktwirtschaft und die Führungseliten der Wirtschaft*“ (Wirtschaftswoche 03.11.2008). Krisen führen zu Zweifeln und wachsendem Misstrauen in die Qualität des bestehenden Wirtschaftssystems.

Merkel und Steinbrück bezeichneten deshalb in der Regierungserklärung vom Oktober 2008 die

Wiederherstellung der Vertrauens als wichtigstes Ziel aller Regierungsmaßnahmen von CDU und SPD (Die Welt 07.10.2008). Der Vorstandsvorsitzende der Bertelsmann-Stiftung gibt die Losung aus: „*Vertrauen schlägt Rendite*“ (FAZ 05.09.2009) DGB-Chef Sommer kann bei all dem nicht fehlen: Die Aufarbeitung der gegenwärtigen Krise muss „*ein klares Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft und gegen den Shareholder-Value-Kapitalismus beinhalten*“, erklärte er und forderte: „*Wir brauchen eine Marktwirtschaft für Menschen.*“ (einblick 6/09, 5)
Was soll das heißen?

Chefredaktion FTD schrieb an ihre Abonnenten: „*Die Folgen schwerer Krisen werden am Ende immer von der Allgemeinheit getragen, nicht von einzelnen Gruppen. Und schon gar nicht von jenen, die diese Krisen mit ihrer Gier ausgelöst haben.*“ Das schafft wirklich Vertrauen.

Die Gier war es also die Ursache der Misere oder Verlust von Maß und Mitte, wie andere sagen. Das ist nicht nur die Meinung von Merkel und Obama, sowie der christlichen Kirchen, sondern auch die der IG Metall. Sie behauptet in ihrem Frankfurter Appell: „*Die aktuelle Krise ...ist von Grund auf das Ergebnis der Ideologie einer zügellosen Marktwirtschaft. ‚Mehr Rendite, schnellere Rendite, höhere Rendite‘ – wurde schleichend zum überwiegenden Credo des wirtschaftlichen Handelns*“.

„*Die grenzenlose Profitgier ... darf nicht weiter die Wirtschaft bestimmen. Diese Ideologie ist gescheitert.*“ Weiter heißt es. „*Die Krise ist ... kein Naturereignis, sie ist das Ergebnis menschlichen Willens und Handelns*“.

a) Krisen entstehen auf dem Boden des Kapitalismus unabhängig davon, ob die Eigentümer des Kapitals gierig sind oder nicht.

Die Führung der IG Metall ist also für Profit, aber es soll nicht übertrieben sein, also für Profit ohne Gier. Krisen werden nicht als Ergebnis des Profitsystems gekennzeichnet, sondern als Ergebnis einer Ideologie der Profitgier. Man müsste also nur seine Einstellung ändern, die Gier als Ideologie über Bord werfen und der Karren wäre wieder flott.

Es ist unbestreitbar, dass Kapitalismus und Gier nach Profit zusammengehören. Der Kapitalismus produziert Gier, da er sich auf Privateigentum, auf privaten Vorteil, auf privaten Profit gründet. Die Konkurrenz stachelt ebenfalls die Gier an. Die Gier ist aber nicht die Ursache der Verhältnisse, die Gier produzieren, sie reproduziert sie nur.

Auch Krisen, d.h. die Überproduktion von Waren und Kapital, sind nicht vor allem Ergebnis persönlicher, schlechter Eigenschaften von Menschen, die den Hals nicht voll bekommen können. Sie sind das Ergebnis des heutigen Wirtschaftssystems, in dem der Profit im Mittelpunkt steht. Sie sind damit das Ergebnis der Marktwirtschaft selbst.

Alle heutigen Marktwirtschaften sind kapitalistische Marktwirtschaften.

Das bedeutet, dass Privateigentümer an Kapital als Privatproduzenten in Konkurrenz zueinander für unbekannte Märkte, d.h. für unbekannte Käufer produzieren, um ihr Kapital zu vermehren. Dieser Zustand muss zu Überproduktion von Waren führen, da man immer erst hinterher feststellen kann, ob die produzierten Waren vom Markt aufgenommen werden können oder nicht.

In der Automobilindustrie konkurrieren einige wenige Riesenkonzerne um die Aufteilung des Weltmarkts. General Motors, Ford, Daimler, VW, Toyota usw. Jeder produziert für sich. Jeder produziert möglichst viele Autos, weil davon die Höhe des Profits abhängt. Jeder versucht den anderen zu verdrängen. Die Überproduktion, die daraus entsteht, wurde schon vor Beginn der Krise auf 25 % geschätzt, jetzt könnte sie 40 bis 50 % betragen. Nicht Managementfehler bzw. die Gier einzelner Manager hat dahin geführt, sondern der Zwang zur Kapitalverwertung. Alle Autokonzerne haben erhebliche Produktionseinbrüche. Wären Personen dafür verantwortlich, würden das Führungspersonal der Konzerne weltweit fehlerhaft gearbeitet haben. Eine nichtsagende Aussage.

In der Finanzwirtschaft ist es ähnlich. Kredite werden vergeben, ohne dass diejenigen, die sie ausgeben wissen, ob sie bis zum Schluss bedient werden können. Nicht zuletzt deshalb wurden Kredite zu Wertpapieren gebündelt und möglichst schnell weiterverkauft, um die Risiken auf andere abzuladen. Jeder hat die über Wertpapieren verbrieften Kredite gekauft, ob Geschäfts-

banken, Hypothekenbanken, Landesbanken, Versicherungen usw. Jeder hat es gemacht, weil keiner bei der Sause zurückbleiben wollte. Die Überproduktion an Krediten musste zusammenbrechen.

In Krisen wird die Überproduktion an Waren und Kapital wieder abgebaut, die im Aufschwung aufgebaut wurde. Seit 1825 die erste kapitalistische Krise ausbrach, haben keinerlei Ermahnungen und kein Politikwechsel geholfen, die jeweils folgende Krise zu verhindern. Krisen können also nicht in persönlichen Eigenschaften begründet sein.

Wären sie es, würden Krisen als allgemein menschlich eingestuft und von daher als unvermeidlich eingeschätzt. Kapitalistische Krisen können aber kein Ergebnis der menschlichen Natur sein, da es bis 1825 keine zyklischen Wirtschaftskrisen gegeben, die auf Überproduktion beruhten. Die menschliche Natur existiert aber schon ein bisschen länger.

Andererseits aber steckt in der Kritik an der Gier, dass Manager und Eigentümer sich ändern sollen und sich mit geringeren Renditen zufrieden geben sollen. Dass dieser Appell ungehört verhallt, kann dann wiederum nur an der Natur des Menschen, die eben nun mal so ist. Also wird alles immer so bleiben wie es ist, weil der Kapitalismus der Natur des Menschen entspricht.

b) Finanzkrise und Gier

Die Erfindung von riskanten, innovativen Finanzprodukten wird ebenfalls auf Gier zurückgeführt. *„Diese Gier schlug sich in einer Risikoneigung nieder, die im Verhältnis zu Eigenkapital übertrieben war“* (FAZ 29.05.2009) Was auf der Oberfläche als Gier erscheint, war aber in Wirklichkeit der verzweifelte Versuch, dem Fall der Eigenkapitalrenditen entgegenzuwirken.

Nehmen wir als Beispiel die HRE/Depfa. Zweifellos waren beide Vorstandsvorsitzenden gierig. Funke verlangt die Weiterzahlung seines vertraglich zugesicherten Gehalt von 800.000 Euro jährlich bis 2013 und im Anschluss daran eine monatliche Pension an die 50.000 Euro im Monat.

Bruckermanns Gehalt belief sich in seinen besten Tagen auf 7 Mio. Euro im Jahr. Beim Verkauf der Depfa an die HRE tauschte er Depfa gegen HRE-Aktien um und verkaufte sie sofort für 100 Mio. Euro weiter. Er wusste, warum er sich so beeilte.

Beide und viele andere Vorstände auch sind in der Tat sind Geier. Sie kämpfen für ihren persönlichen Vorteil. So läuft das im Kapitalismus. Er beruht auf Privateigentum, Privatinteressen und dem Kult des Egoismus. Egoismus und persönliche Gier auf dem Boden des Kapitalismus abschaffen zu wollen, ist ein restlos vergebliches Bemühen.

Aber: die Probleme der HRE/Depfa entstanden nicht durch die persönliche Gier von Funke und Bruckermann.

Die Depfa war auf die Finanzierung von Staaten spezialisiert. Da Staaten aber gute Schuldner mit guter Bonität sind, bringen sie nur geringe Zinsen und damit nur geringe Renditen. Die Rendite können erhöht werden, wenn man sich die Gelder, die man an Staaten verleiht, möglichst billig besorgt. Das funktioniert, wenn die Zinsen für Kredite mit kurzen Laufzeiten, z.B. drei Monate, gering sind. In der Bankersprache wird das als „Fristentransformation“ bezeichnet. Man transformiert (wandelt um) kurzfristige Kredite zu niedrigen Zinsen in langfristige Kredite zu höheren Zinsen. Da aber das Niveau von Zinsen mit dem Konjunkturverlauf schwankt (niedrige Zinsen in Krisenzeiten, höhere Zinsen im Aufschwung) platzte die Fristentransformation im Aufschwung ab 2005 nach und nach.

Die Fristentransformation erscheint als Gier der Banker, ist aber letztlich sachlich bedingt. Es ist die Gier des Kapitals, eine sachliche Notwendigkeit, dem Fall der Profitraten entgegenzuwirken.

Auch die HRE war in Schwierigkeiten. Die Immobilienfinanzierung brachte nicht genug ein. Die HRE hatte „hochproblematische Kredite“ vergeben (Vorstandschef Endres). Die HRE hat keine Fristentransformation betrieben. Ihre Eigentümer, mehrheitlich amerikanische Heuschrecken,

betrieben aber genau deswegen die Übernahme der Depfa. Sie erhofften sich eine Steigerung ihrer Rendite durch die Übernahme der riskanten Geschäftspraktiken der Depfa. Die Eigenkapitalrendite der Realkreditinstitute (zu denen Hypothekenbanken wie die HRE gehören) war schon ab 2005 erheblich gefallen (vgl. Rainer Roth; Verstaatlichung der Hypo Real Estate: Die Verhinderung des Weltuntergangs – www.klartext-info.de) Eigentümer und Gläubiger der HRE verlangten die Abkehr von fristenkongruenter Finanzierung von Immobilien, da anderes die Rendite nicht zu halten waren.

Was als Gier erscheint bzw. als Streben nach einer unrealistisch hohen Rendite, ist in Wirklichkeit ein verzweifelter Kampf gegen den Fall der Profitraten. Hier liegt auch im Allgemeinen die Quelle der riskanten, spekulativen Geschäfte, mit denen die Finanzkrise vorbereitet wurde.

■ **Boni – gierige Manager sind schuld?**

Die gewinnabhängigen Bonuszahlungen sind eine Erfindung der Banken und ihrer Eigentümer. Die Boni sind nur ein Teil des Bankprofits und zwar ein kleiner Teil. Ihr Zweck ist, den Erfindungsreichtum der Banker anzustacheln, wie man möglichst ohne Einsatz von Eigenkapital Kohle machen kann. Auch das eine abenteuerliche Methoden, durch materielle Anreize dem Fall der Profitraten entgegenzuwirken (vgl. Roth, Sie kriegen den Karren nicht flott ..., Frankfurt 2009, www.klartext-info.de).

Die Allgemeinheit darf über die Gier der Banker herfallen. Aber das Zocken geht weiter. Weder werden die Kreditversicherungswertpapiere (CDS) verboten, mit denen man ohne genug haftendes Kapital zu besitzen Kredite versichern kann und darauf hofft, dass der Versicherungsfall nie Eintritt. Auch die Verbriefung von Krediten ist weiterhin erlaubt. Mehr Eigenkapital vorhalten, damit das Geschäftsvolumen besser abgesichert ist? Da passiert wenig. Geschäfte außerhalb der Bilanz dürfen weiter betrieben werden.

Aber sich über Manager aufregen, ihre Gehälter etwas zu beschränken, von ihnen als Personen Schadenersatz und Haftung verlangen, das ist ganz nach dem Geschmack des Finanzkapitals. Von einer Haftung des Kapitals insgesamt für die Schäden, die es angerichtet hat, will es nichts wissen. Es bevorzugt die Verstaatlichung der Verluste. Wie im Beispiel der HRE.

■ **Gier nach Rendite: 25 % Eigenkapitalrendite müssen doch nicht sein?**

25 % Eigenkapitalrendite gelten als Musterbeispiel für Gier, für des Verlustes des Maßes, für Unbescheidenheit.

Eine Eigenkapitalrendite von 25% wird als Folge des persönlichen Ehrgeizes von Managern hingestellt, die ihre Boni erhöhen wollen. Das sind sie natürlich auch. Aber 25 % sind keine besonders hohe Marge. Bankgewinne müssten auf das eingesetzte Gesamtkapital bezogen werden. Und besteht nur zu einem winzigen Teil aus Eigenkapital. Banken arbeiten überwiegend mit Fremdkapital. Bei der Deutschen Bank kamen 2008 auf einen Euro Eigenkapital über 70 Euro Fremdkapital. Das Eigenkapital betrug nur 31 Mrd. Euro. 25 % Eigenkapitalrendite wären 8 Mrd. Euro. Mit Finanzanlagen im Umfang von 2200 Mrd. Euro 8 Mrd. zu erwirtschaften, ist nicht besonders viel.

Die Eigenkapitalrendite wurde auch gesteigert, indem Banken das Eigenkapital senkten. Bei der DB betrug es 2000 noch über 40 Mrd. Euro. In den 90er Jahren waren es durchaus üblich, dass Sparkassen, Genossenschaftsbanken im Schnitt 15 – 20% Eigenkapitalrendite hatten. Hier hat noch niemand von Gier gesprochen.

Großbanken orientieren sich im Übrigen am Weltmarkt, dem Londoner City und an der Wallstreet. Und hier waren 25% Standard. Das weltweit aktive Finanzkapital will sich wenigstens zu im weltmaßstab durchschnittlichen Renditen verwerten.

Problem ist aber auch hier, dass die Renditen langfristig gefallen sind.

Die Eigentümer wollen aber ihr Kapital anständig verwerten. Sie können sich nicht mit fallenden Renditen zufrieden geben.

■ *** Gier? Auch Lebensversicherer kämpfen mit sinkenden Renditen.**

„Schließlich auch die Versicherungskonzerne das Geld ihrer Kunden an den internationalen Ka-

pitalmärkten an. Und um beispielsweise einen garantierten Zins von 3,5 Prozent für Lebensversicherungen zu erwirtschaften, reicht es nicht mehr aus, das Geld nur in sichere Staatsanleihen zu investieren. Also haben auch die deutschen Lebensversicherer Ende 2008 insgesamt elf Milliarden Euro in vermeintlich spannendere Papiere wie Asset Backed Securities (ABS) angelegt. Anlagen, in denen sich verschachtelt Kredite befinden und die heute zumindest teilweise besser bekannt sind als toxische Wertpapiere.

Das sinkende Zinsniveau hat sie dazu gebracht, nicht die Gier ihrer Manager.

Besonders krass trieb es der ehemals weltgrößte Versicherungskonzern AIG, der sich auf Kreditversicherungswertpapierchen warf (die berühmten CDS). Am Ende haftete der Konzern für eine Versicherungssumme von rund 600 Mrd. Dollar, ohne dass er auch nur im Geringsten imstande war, im Versicherungsfall zu zahlen. AIG wettete einfach gegen anständige Gebühren darauf, dass der Versicherungsfall nicht eintritt. Die CDS werden außerbilanziell gehandelt. Sie erzeugen Gewinne ohne Eigenkapitaleinsatz. Das erhöht die Eigenkapitalrendite.

■ **Gier als Ursache für Reallohnsenkungen? Zu niedrige Löhne Hauptursache von Krisen?**

Grenzenlose Profitgier hat nach Meinung der IG Metall dazu geführt, dass das Kapital die Binnennachfrage in Form von Löhnen und Sozialleistungen so stark beschränkt hat, dass die erzeugten Produkte nicht mehr verkauft werden konnten. Das ist die vorherrschende Meinung unter LohnarbeiterInnen und ihrer VertreterInnen: *„Die Wirtschaftskrise ist durch die viel zu schwache Binnennachfrage verursacht“* (ver.di wipo-infos 1/2009,2) Ebenso die Linkspartei („wichtigste Krisenursache, die Konsumflaute“ (Roth 2009, 96) Folglich wird Umverteilung von oben nach unten verlangt, also die Zügelung der Profitgier, um Krisen zu vermeiden. Auch Sahara Wagenknecht, die als Marxistin gilt, erklärt, dass: *„ohne Frage eine radikale Umverteilung der Einkommen und Vermögen von oben nach unten ... das Nachfrageproblem von selbst erledigen“* (junge welt 07./08.02.2009

In der Tat: Wenn alle genug Geld hätten, um alle Waren zu kaufen, gäbe es keine Überproduktion von Waren und Kapital. Und wenn immer die Sonne scheinen würde, gäbe es auch kein schlechtes Wetter. Tautologie.

Aber: Vor Beginn der Krisen sind die Lohnsteigerungen immer am höchsten, ist von daher auch das Lohnniveau am höchsten. So gesehen bereiten Lohnsteigerungen also Krisen vor und verhindern sie nicht. Höhere Lohnsteigerungen würden den Beginn der Krise nur hinauszögern. Das Lohnniveau ist vor Ausbruch der Krise am höchsten, weil die Nachfrage nach Arbeitskraft im Aufschwung, der jeder Krise vorausgeht, zunimmt und von daher höhere Lohnsteigerungen möglich sind. Jeder Aufschwung bereitet aber die nächste Krise vor, erzeugt die Überproduktion, die in der Krise wieder abgebaut werden muss.

Allgemein: die Lohnentwicklung hängt von Entwicklung der Nachfrage nach Arbeitskraft ab. Arbeitskraft ist eine Ware. Diese Nachfrage sinkt langfristig wegen des technischen Fortschritts und der wachsenden Konzentration des Kapitals. Folge ist ein tendenziell sinkendes Lohnniveau. Das ist nicht die Folge einer falschen Verteilung, die einfach politisch umgekehrt werden kann. Sie ist die Folge des Warencharakters der Arbeitskraft und der Anwendung der Produktivität unter kapitalistischen Bedingungen.

Die Entwicklung der Produktivität unter kapitalistischen Bedingungen ist die Triebfeder für den wachsenden Gegensatz zwischen arm und reich. Von daher ist es *„überhaupt fehlerhaft, von der sog. Verteilung Wesens zu machen und den Hauptakzent auf sie zu legen“* (Marx, MEW 19, 22). Die Produktionsverhältnisse sind entscheidend für die Verteilung, nicht umgekehrt.

III) Lösungen?

Die DGB-Gewerkschaften verlangen einen „Schutzschirm“ oder „Rettungsschirm“ auch für die Lohnabhängigen. Sofern damit gemeint ist, dass Lohn- und Sozialabbau ein Riegel vorgeschoben werden muss, ist das natürlich in Ordnung. Nur wäre auch das nur relativer Schutz und in keiner Weise die Rettung

Schutz bedeutet dann z.B., dass eine untere Grenze bei Lohnsenkungen eingezogen wird und die Arbeitslosenunterstützungen nicht gesenkt, sondern ausgebaut werden. Ein Schirm verhindert, dass man nass wird. Schutz vor Lohn- und Sozialabbau auf der Grundlage der Kapitalverwertung ist eine illusorische Vorstellung, die von einem tiefen Glauben in angebliche Fähigkeiten des Kapitals zeugt, Existenzsicherheit für alle herzustellen. Mit der Entwicklung der Kapitalverwertung wächst jedoch die Existenzunsicherheit.

Alle staatlichen Subventionen für Banken bzw. Wirtschaft allgemein werden entweder jetzt oder in Zukunft mit staatlicher Kreditaufnahme, also mit Staatsschulden finanziert oder führen jetzt oder in Zukunft zu erheblichen Kürzungen von Staatsausgaben bzw. zu Steuererhöhungen. Zur Zeit explodieren in GB und Deutschland die Staatsschulden. Den Vogel aber schießen die USA ab. Der US-Haushalt des Jahres 2009 wird etwa zur Hälfte mit der Aufnahme von Staatsschulden bestritten.

Der Staat stemmt sich verzweifelt den Marktgesetzen entgegen, als ob er sie aushebeln wollte. Die jetzige Krise wird bekämpft, indem der Staat Privatkredite garantiert und der Privatkredit als Dopingmittel mehr und mehr durch den Staatskredit ersetzt wird. Der Staatskredit erschließt den Banken damit wiederum neue Absatzmöglichkeiten für das überschüssige Kapital, das sie anlegen müssen. Das Finanzkapital überschwemmt jetzt den Staat mit Krediten, nachdem es vorher die Konsumenten und Unternehmen mit Krediten überflutet hat. Es scheint, als ob der massive Ausbau des Staatskredits als Lösung der Probleme angesehen wird, die aus der Gefährdung von Bankkrediten, Konsumentenkrediten und Unternehmenskrediten entstanden sind. Der Staat als Vertreter des Gesamtkapitals tritt in wachsendem Maße an die Stelle des Privatkapitals, weil anders das Privatkapital die Schwierigkeiten seiner Verwertung nicht mehr lösen kann.

Der wachsende Staatseinfluss zeigt, dass sich das Kapital gegen die zerstörerischen Wirkungen seines Wirtschaftssystems wehrt und eine gesellschaftliche Haftung für Privateigentum und Profitproduktion verlangt. Je mehr das Kapital sich aber nur noch mit gesellschaftlichen Mitteln über Wasser halten kann, desto deutlicher wird, dass es entbehrlich ist.

Die Verstaatlichung der HRE wird von CDU, SPD und Linkspartei begrüßt. Sie ist jedoch kein Fortschritt auf dem Weg der Kontrolle der Banken durch die Gesellschaft, auf dem Weg der sogenannten Demokratisierung, sondern ein Fortschritt auf dem Weg der Ausplünderung der Staatsfinanzen für private Interessen und der wachsenden Zentralisierung von Entscheidungen. Alle anderen Verstaatlichungen von Banken wären es ebenso. Die Kräfte, die einen Staat im Interesse der breiten Mehrheit der Gesellschaft bilden bzw. verstaatlichte Banken im Interesse der Gesellschaft führen könnten, sind nicht in Sicht. Angesichts dessen können wir heute nicht für eine Verstaatlichung der Banken eintreten.

Der Staatskapitalismus, der verzweifelt die Verwertungsbedingungen des Privatkapitals aufrecht erhalten will, kann aber die unlösbaren Widersprüche der Kapitalverwertung und der Marktgesetze auch nicht unter Kontrolle bekommen. Je mehr er es versucht, desto stärker wird die Wucht sein, mit der er die Folgen auf die ganze Gesellschaft, vor allem auf die LohnarbeiterInnen ablädt. Je mehr der Staat als Kreditgeber und Profitgarant wirkt, desto höher werden die Staatsschulden, desto mehr wird er zum Knecht derjenigen Privateigentümer, die ihm Kredite geben. Die Abhängigkeit der kapitalistischen Staaten vom Finanzkapital wird umso größer, je höher ihr Kreditbedarf ist. Der Zug geht beim Ausbau der Staatsschulden also nicht in Richtung demokratische Kontrolle des Finanzwesens mittels des Staates, sondern in Richtung wachsende Kontrolle der kapitalistischen Staaten durch ihre Gläubiger. Das sollte man bedenken, wenn man für die Ausdehnung der Staatsschulden eintritt. Die Rechnung wird später präsentiert.

IV) Die Antwort der Lohnabhängigen

LohnarbeiterInnen müssen dafür eintreten, dass nicht sie, sondern das Kapital und diejenigen, die am meisten von ihm profitieren, in möglichst hohem Maße für die Folgen der Krise aufkommen.

- Körperschaftssteuersatz und Spitzensteuersatz der Einkommensteuer müssen wieder auf die früheren 56 % angehoben werden.
- Die Vermögenssteuer muss ebenso wiedereingeführt werden wie die Besteuerung der Veräußerungsgewinne. Aktien- und Devisenhandel muss mit Mehrwertsteuer belegt werden.
- Die Eigenkapitalquote der Banken muss drastisch erhöht werden. Wie wäre es mit 10 % der Bilanzsumme statt der jetzigen mickrigen Werte? Das Verhältnis des Eigenkapitals zur Bilanzsumme aller Unternehmen liegt bei 25 %. Warum sollen ausgerechnet die Banken durch Unterausstattung mit Eigenkapital zum Zocken ermuntert werden?
- Der Einlagensicherungsfonds der Banken muss so ausgebaut werden, dass die Banken selbst und nicht die Allgemeinheit für Bankverluste aufkommen muss.
- Sonderabgabe des Finanzkapitals für die Kosten, die die Rettung der HRE verursacht. Es ist abzulehnen, dass der Staat an die Stelle des Einlagensicherungsfonds der Banken getreten ist.
- Der Weiterverkauf von Krediten, die nicht mehr in den Büchern der Banken bleiben, muss verboten werden usw.
- Die Finanzkrise ist jedoch in ihrem Kern kein Produkt mangelnder Regulierung der Finanzmärkte bzw. mangelnder Ausstattung mit Eigenkapital. Sie ist eine Folge der Überproduktion von Kapital, eine Folge der Kapitalüberschüsse, die die „Realwirtschaft“ produziert. Sichtbar ist das daran, dass die Eigenkapitalausstattung des Banksystems vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise ab 1929 z.B. beim britischen Bankensystem bei 9 % der Bilanzsumme (der Aktiva) gelegen hat und vor Ausbruch der Finanzkrise 2007 bei rund 7 % (FAZ 23.10.2009). Die Kapitalüberschüsse haben den Abbau von Regulierungen erzwungen, sie überfluten alle Deiche. Die langfristige Tendenz zu einer sinkenden Eigenkapitalquote und damit das Ausufern der Spekulation ist im Übrigen Ergebnis des Drucks auf die Bankrenditen, den die Massenarbeitslosigkeit des Geldkapitals erzeugt. *„Keine Art Bankengesetzgebung kann die Krise beseitigen“* (Karl Marx, Kapital Bd. III, Seite 507).

Die LohnarbeiterInnen müssen sich gegen die Folgen wachsender Arbeitslosigkeit verteidigen. Der Eckregelsatz von Hartz IV muss auf 500 Euro erhöht und ein gesetzlicher Mindestlohn von zehn Euro muss eingeführt werden, und zwar lohnsteuerfrei, weil das Existenzminimum von LohnarbeiterInnen nicht besteuert werden darf. Die Kampagne dafür verlangt nach Unterstützung (www.500-Euro-Eckregelsatz.de)

Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich muss auf die Agenda.

Das Arbeitslosengeld I muss auf mindestens 5 Jahre verlängert werden.

Forderungen im Interesse der LohnarbeiterInnen sollten aber nicht als soziales Konjunkturprogramm verkauft werden, als Stärkung der Binnennachfrage, oder als Mittel zur Sicherung der Menschenwürde, als fair usw. Es geht darum, Grundbedürfnisse der LohnarbeiterInnen zu verteidigen (ausführlich zu den Forderungen gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise: Roth 2009, 91-95; 114-116).

Dass das Kapital den Menschen dienen soll, nicht umgekehrt, dass die Wirtschaft für den Menschen da sein soll und nicht für den Profit, dass Menschen Vorrang vor Profit haben sollen, dass Geld dem Menschen dienen soll, mit einem Wort dass der Mensch im Mittelpunkt stehen soll, ist ein weit verbreiteter Wunsch.

In dieser Formel verkörpern sich Bedürfnisse, die die Profitgier des Kapitals für schädlich ansehen und mehr von dem haben wollen, was sie erarbeiten.

Es ist jedoch letztlich nicht möglich, dieses Bedürfnis auf dem Boden des Kapitalismus zu ver-

wirklichen. Denn im Mittelpunkt jeder kapitalistischen Gesellschaft stehen das Kapital und die sachlichen Gesetze seiner Verwertung, nicht der Mensch. Das gilt für das industrielle Kapital und das Geldkapital gleichermaßen. Die einzigen Werte, die das Kapital letztlich in der Praxis akzeptiert, sind ökonomische Werte, z.B. Unternehmenswerte, Vermögenswerte, Marktwerte, Immobilienwerte usw., ausgedrückt in Geld, nicht menschliche Werte. Die jetzige Krise zeigt deutlicher als vorher die Skrupellosigkeit des Kapitals und seiner Repräsentanten, die von sich selber sagen, dass ihr System auf den Zusammenbruch bzw. den Weltuntergang des Finanzsystems zugesteuert wäre. Die Formel „Menschen vor Profite“ erzeugt die Illusion, dass auf dem Boden der Profitwirtschaft nicht die Vermehrung des Kapitals, sondern die Bedürfnisse „der Menschen“ im Mittelpunkt stehen können. Es ist eine Illusion, die von den Kirchen und der Sozialdemokratie gepflegt wird.

Wir brauchen eine schonungslose Aufdeckung der Gesetzmäßigkeiten der Kapitalverwertung, die die heutige Krise erzeugt haben, nicht oberflächliche Analysen, die den Zweck haben, die Lösbarkeit der Probleme auf dem Boden des Kapitalismus zu behaupten, in dem man sich einfach einen Kapitalismus vorstellt, der seine Widersprüche ablegt, statt sie auf die Spitze zu treiben.

Damit die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen im Mittelpunkt stehen, ist Voraussetzung: Die Produzenten des Reichtums müssten auch die *Entscheider* über ihre Produktionsbedingungen sein, um zu ermöglichen, dass der von ihnen erarbeitete Reichtum für die maximale Entfaltung **ihrer** Bedürfnisse verwendet wird und nicht für die Befriedigung von Profitbedürfnissen einer Minderheit und ihren Luxuskonsum.

Das wäre eine Grundlage dafür, dass die erarbeiteten Überschüsse nicht in Krisen vernichtet und in Spekulation verjubelt würden.

Die sachlichen Produktionsbedingungen, der wirtschaftliche Überschuss dürften kein Kapital mehr sein und die Arbeitskraft keine Ware mehr.

Das Bedürfnis, selbst Eigentümer der gesamten Produktionsbedingungen zu werden und kein Spielball des Arbeitsmarkts mehr sein zu wollen, ist jedoch bei den heutigen Lohnabhängigen kaum verbreitet. Wenn es um Eigentumsverhältnisse geht, dann in der Form: Lohnverzicht für minimale Aktienbeteiligung.

Dennoch gilt: Erst wenn Menschen nicht mehr von den mächtigen Gewalten, *die in der Natur der Kapitalakkumulation liegen*, beherrscht werden, ist es möglich, dass statt Abhängigkeit Freiheit und statt Demütigung Menschenwürde Einzug halten können und dass die maximale Entwicklung des Potentials aller Menschen statt des Selbstzwecks der Kapitalvermehrung der einzige Zweck menschlicher Tätigkeit werden kann.